

Zu diesem TOP ist Herr Schulamtsdirektor Klöckner anwesend.

Auf Bitten des Vorsitzenden liest Herr Rittel den Antrag der F.D.P.-Fraktion vor.

In einer Stellungnahme stellt sich Herr Schulamtsdirektor Klöckner hinter den Antrag der F.D.P.-Fraktion und schließt sich den Ausführungen der Beschlussvorlage an, die die Situation sachlich und präzise darstelle. Er betont ausdrücklich, dass er sich nicht einmischen wolle, spricht aber unter Bezug auf die statistischen Angaben von einer Schieflage und drückt seine Beunruhigung über die unterschiedliche Entwicklung der Gemeinschaftsgrundschule Marienheide und der Katholischen Grundschule aus. An die zuständigen Schulleitungen richtet er den Appell, die Eltern so zu beraten, dass die Kinder an der ihrem Bekenntnis entsprechenden Schule angemeldet werden. Herr Klöckner empfiehlt dem Ausschuss, den Antrag im Interesse der Schulen sowie mit dem Ziel ihrer Stärkung Rechnung zu tragen.

Der Sachverhalt wird von den Ausschussmitgliedern intensiv erörtert. Aus den Diskussionsbeiträgen wird deutlich, dass die Standpunkte unterschiedlich sind. Vertreter der CDU-Fraktion und der Fraktion der UWG sprechen sich ohne Abstriche für die Beachtung des Elternwillens aus. Der sich daraus bei der Gemeinschaftsgrundschule Marienheide ergebenden Situation ist soweit möglich durch geeignete Maßnahmen entgegenzuwirken. Die beziehen sich im Wesentlichen auf Fragen der Integration, der Lehrerversorgung, der gebotenen Unterrichtsgestaltung und der Schaffung eines besseren Images für die Gemeinschaftsgrundschule Marienheide. Mit den Wortbeiträgen der Vertreter der SPD-Fraktion ist grundsätzlich eine positive Haltung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung zu erkennen. Die aufgezeigte Entwicklung wird mit Sorge beobachtet. Die gemachten Vorschläge würden durchaus in die richtige Richtung weisen und könnten einen Beitrag dazu leisten, die Probleme zu reduzieren.

Die beiden Kirchenvertreter sprechen sich auch dafür aus, den Elternwillen mit dem ihm zukommenden besonderen Gewicht zu berücksichtigen. Die Gemeinschaftsgrundschule Marienheide müsse allerdings in geeigneter Weise dabei unterstützt werden, ihre Integrationsaufgabe zu erfüllen. Pastor Alhäuser weist noch darauf hin, dass dies aufgrund seiner bisherigen Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit der Baptisten-Brüdergemeinde keine leichte Aufgabe sei. Er mahnt an, dass man sich seitens der Brüdergemeinde auch einbringen müsse.

Konrektor Roth weist darauf hin, dass die Anmeldung von Kindern einer anderen Konfession an der Katholischen Grundschule nur auf ausdrücklichen Wunsch der Eltern erfolgt. Dies bestätigen die Erziehungsberechtigten gegenüber der Schulleitung durch Abgabe einer schriftlichen Erklärung.

Der Ausschuss gelangt mehrheitlich zu der Auffassung, dass die negative Entwicklung der Anmeldezahlen an der Gemeinschaftsgrundschule Marienheide anscheinend wesentlich von einem falschen Bild beeinflusst wird, das bei den Eltern über die Gemeinschaftsgrundschule Marienheide besteht. Die Gründe hierfür sind offensichtlich in dem hohen Anteil an Kindern ausländischer Familien sowie Kindern aus Aussiedlerfamilien und den damit verbundenen Vorurteilen einer Beeinträchtigung der schulischen Leistungsstärke zu suchen. Die Probleme bei der Integration sind hierbei nicht sprachlichen Ursprungs, sondern vielmehr auf kulturelle und ethnische Unterschiede zurückzuführen. Dies wird u.a. durch Einschränkungen bei Feiern, im Sportunterricht und bei Klassenfahrten deutlich. Dies sieht u.a. auch die Leiterin der Gemeinschaftsgrundschule Marienheide so.

Herr Rittel beantragt, eine geheime Abstimmung durchzuführen. Der Antrag wird bei lediglich einer Ja-Stimme abgelehnt.

Herr Fernholz teilt für die SPD-Fraktion mit, dass sich die Mitglieder seiner Fraktion einer Abstimmung zu beiden Punkten der Beschlussvorlage enthalten werden. Er schlägt die Bildung eines „Runden Tisches“ vor, an dem alle Beteiligten einschließlich der Vertreter der Migranten teilnehmen. Dort sollte in einem vernünftigen Miteinander gemeinsam über Lösungen nachgedacht werden. Innerhalb der Fraktionen besteht der Konsens, so zu verfahren. Der Schulausschuss nimmt den Vorschlag einstimmig an.

Beschlussempfehlung:	Abstimmungsergebnis
<p>Der Rat der Gemeinde teilt die von der Verwaltung in der Beschlussvorlage vorgenommene Bewertung und fasst folgende Beschlüsse:</p> <p><u>zu a)</u> (1 Ja-Stimme, 6 Enthaltungen, 8 Gegenstimmen)</p> <p>Die Zügigkeit der Katholischen Grundschule Marienheide wird, beginnend mit dem Einschulungsjahrgang 2002/2003, auf zwei Züge begrenzt. Diese Zügigkeit entspricht dem sich unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften ergebenden Bedürfnis für eine katholische Bekenntnisschule.</p> <p><u>zu b)</u> (1 Ja-Stimme, 7 Enthaltungen, 7 Gegenstimmen)</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit die Verwaltungen von GGS und KGS Marienheide bis zum Beginn des Schuljahres 2002/2003 zusammengelegt werden können.</p>	